Neue Köpfe | Seite 2
Unsere Stadträte im Gespräch

Neue Verdichtung | Seite 3
Protest gegen Baumfällung

Neue Probleme | Seite 4
Clubkultur im Lockdown

#01 klar.links
Jan./Feb. 2022
32. Jahrgang

Meine Sicht.

Kämpferisch ins neue Jahr

Nach intensiven Debatten um den Eintritt in die Koalition, der uns als Partei nicht leicht fiel, hat die rot-grün-rote Regierung ihre Arbeit aufgenommen. Es liegt nun an uns, linke Kernforderungen ohne Scheu vor Konflikten auch in der Teilhabe- und Antidiskriminierungspolitik durchzusetzen. Unser Ziel ist es, den strukturellen Rassismus in Staat und Gesellschaft zu bekämpfen. Daher wurden im Koalitionsvertrag konkrete Maßnahmen verabredet. Beispielsweise eine neue Fachstelle gegen Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt und Änderungen im Polizeirecht, um »racial profiling« zu verhindern.
Das heißt auch, dass rechte Netzwerke in den Behörden genauso aufgeklärt gehören wie Neonazistrukturen. 2022 muss das Jahr werden, das endlich Licht ins Dunkel der rechtsextremen Anschlagsserie in Neukölln durch die schnelle Einsetzung des verabredeten Untersuchungsausschusses bringt.
Dieses Jahr ist auch die Antirassismus-Kommission im Abgeordnetenhaus einzusetzen. Ihre Aufgabe muss sein, Missstände aufzudecken und Gegenmaßnahmen für staatliche Institutionen und Gesellschaft zu entwickeln, die auch noch diese Legislatur umzusetzen sind. Es gibt sehr viel zu tun. Packen wir es an – gemeinsam mit unserer lebendigen Stadtgesellschaft!

Elif Eralp,
Mitglied des Abgeordnetenhauses

Sozial geht's weiter!

Was DIE LINKE in den fünf nächsten Jahren in Berlin vorhat

Seit Ende Dezember steht der neue Senat. DIE LINKE setzt in Berlin die Regierungskoalition mit SPD und Grünen fort. Für uns bedeutet das: Wir wollen an der erfolgreichen Arbeit der letzten fünf Jahre anknüpfen. Wir wollen weiter dafür sorgen, dass die Stadt sozialer und gerechter wird. Wir wollen dafür sorgen, dass sich die Arbeitsbedingungen in Berlin verbessern und dass weiter in Schulen und die öffentliche Infrastruktur investiert wird.
Der Koalitionsvertrag ist dafür eine gute Grundlage. DIE LINKE konnte durchsetzen, dass pro Jahr 2.000 neue Stellen geschaffen werden, insbesondere im Bildungs- und Sozialbereich. Ausgaben und Investitionen werden jährlich erhöht. Wir wollen nicht, dass die Stadt sich in die Krise hineinspart. Der öffentliche Nahverkehr, vor allem die Straßenbahn, wird weiter ausgebaut. Wir werden das Soziale und die arbeitenden Menschen in den Mittelpunkt stellen. Deshalb wollen wir in den nächsten Jahren die Tarifbindung durchsetzen – bei landeseigenen Unternehmen, bei öffentlichen Aufträgen und bei der Wirtschaftsförderung. Und auch der ärmste Teil der Gesellschaft darf nicht vergessen werden: Obdachlosigkeit soll bis 2030 vollständig überwunden sein. Bei arbeitslosen Menschen werden deutlich höhere Mietkosten übernommen, damit sie ihre Wohnung nicht verlieren. Um den Klimaschutz in Berlin voran zu bringen, soll der Kohleausstieg hier noch vor 2030 Realität und das Fernwärmenetz kommunalisiert werden.
Klar ist natürlich auch: Das alles wird kein Selbstläufer, wir bekommen nichts geschenkt. Sowohl innerhalb als auch außerhalb der Koalition wird es Gegenwind gegen eine konsequent soziale Politik geben. Deshalb bleibt für DIE LINKE auch in den nächsten fünf Jahren die Stadt selbst der wichtigste Koalitionspartner. Wir werden weiter eng mit der Mieterbewegung, Gewerkschaften und sozialen Initiativen zusammenarbeiten.
Die Berlinerinnen und Berliner haben sich mit großer Mehrheit beim Volksentscheid dafür ausgesprochen, dass die Bestände der großen privaten Immobilienkonzerne vergesellschaftet werden. Eine Expertenkommission wird nun prüfen, wie dies rechtlich am besten umsetzbar ist. In 2023 muss es ein entsprechendes Gesetz geben. Alles andere wäre mit demokratischen Grundsätzen unvereinbar. Wir bleiben Garant für die Interessen der Mieterinnen und Mieter der Stadt. Wir wollen dafür sorgen, dass mehr öffentliche und bezahlbare Wohnungen entstehen. Wir sagen aber auch: Die letzten grünen Hinterhöfe und Freiflächen dürfen nicht vollständig zugebaut werden. Im Koalitionsvertrag ist deshalb ausdrücklich ein »transparentes und ergebnisoffenes Partizipationsverfahren« bei Nachverdichtungsplänen vorgesehen, damit die Lebensqualität erhalten bleibt.
DIE LINKE. Friedrichshain-Kreuzberg wird auf diesen Verfahren bestehen und sich für die Anwohner einsetzen – auch wenn das zu Konflikten führt.

Damiano Valgolio,
Mitglied des Abgeordnetenhauses

Foto: DIE LINKE/Martin Heinlein

»Kinderarmut bekämpfen«

Interview: Was unsere beiden Neuen im Bezirksamt vorhaben

Für DIE LINKE sitzen in Friedrichshain-Kreuzberg zwei neue Gesichter im Bezirksamt. Seit Dezember 2021 sind Regine Sommer-Wetter (Stadträtin für Jugend und Gesundheit) und Oliver Nöll (Stellvertretender Bürgermeister und Stadtrat für Arbeit, Bürgerdienste und Soziales) im Amt. Wir haben mit ihnen darüber gesprochen, was sie für unseren Bezirk erreichen wollen.

Regine Sommer-Wetter (Stadträtin für Jugend und Gesundheit); Foto: Bianka Gericke

Oliver Nöll (stellvertretender Bürgermeister und Stadtrat für Arbeit, Bürgerdienste und Soziales); Foto: Ben Gross

Liebe Regine, lieber Oliver, ihr seid nun etwas mehr als einen Monat in Euren neuen Ämtern als Bezirksstadträtin, bzw. als Bezirksstadtrat. Was sind Eure ersten Eindrücke vom neuen Arbeitsalltag und dem Kollegium Bezirksamt?

Regine: Ich empfand es schon als Sprung ins kalte Wasser. Wer das Innere der Berliner Verwaltung nicht kennt und weiß, wie Digitalisierung im Arbeitsalltag aussehen kann, ist schon ganz schön erschrocken. Aber ich habe in den ersten Vorstellungsrunden ausschließlich kluge und engagierte Kolleg*innen getroffen, die im Sinne unserer Bürger*innen unterwegs sind. Es ist sicher von Vorteil, dass das neue Bezirksamt zur Hälfte aus Neulingen besteht und die »alten Hasen« bisher auch nur fünf Jahre im Amt waren. Das macht die gemeinsame Arbeit auf Augenhöhe sicher einfacher. Und bei Bedarf immer eine schnelle Abstimmung mit Olli haben zu können, empfinde ich schon als großes Plus.

Olli: Ich kann schon mal festhalten, dass die »Chemie« zu stimmen scheint. Bei allen politischen Unterschieden und auch differenzierten Meinungen zu den Themen, die unseren Bezirk bewegen, scheint sich eine belastbare Ebene der Zusammenarbeit zu entwickeln. Alle Sitzungen und Gespräche verlaufen in einem fairen Rahmen. Und dieses, obwohl wir nicht Teil der Zählgemeinschaft sind, die Grüne und SPD miteinander vereinbart haben. Zudem konnte ich feststellen, dass wir versuchen, Probleme gemeinsam zu lösen und nicht ausschließlich das »Parteibuchdenken« in den Vordergrund zu stellen. Ob sich diese ersten Eindrücke bestätigen, werden die nächste Monate und Jahre zeigen.
Eine erste Herausforderung sind die nun beginnenden Haushaltsberatungen. Aber hervorzuheben ist: Es ist schon mal eine Erleichterung, dass wir als LINKE zwei Bezirksamtsmitglieder stellen. Nicht nur aufgrund der Parteimitgliedschaft, sondern weil wir Beide auf eine jahrelange, vertrauensvolle Zusammenarbeit in der Fraktion zurückblicken können. Ich freue mich also sehr, dass Regine ebenfalls Stadträtin ist.

Was hat Euch dazu bewegt, die Herausforderung anzunehmen und für das Bezirksamt in Friedrichshain-Kreuzberg zu kandidieren?

Olli: Ich mache seitdem ich siebzehn Jahre alt bin Politik. Und im Gegensatz zu vielen Menschen, die seinerzeit ihren Weg mit mir in meiner Heimatstadt Frankfurt am Main begonnen haben, habe ich nie ein landes- oder gar bundespolitisches Mandat angestrebt. Für mich war es immer die Kommunalpolitik, die im Zentrum meines Interesses gestanden hat. Folgerichtig habe ich dann auch 2005 als Fraktionsassistent für DIE LINKE. in der Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main gearbeitet und nach meinem Umzug schnell den Weg in die Bezirkspolitik gefunden. Ich war nun zehn Jahre in der BVV, davon fünf als Fraktionsvorsitzender. Ich glaube, dieser nächste Schritt ist folgerichtig und ich freue mich auf die Aufgabe in den kommenden Jahren.

Regine: Ich bin seit Mai 1990 kommunalpolitisch aktiv, erst in der BVV Friedrichshain und seit 2000 in unserem gemeinsamen Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg. Immer habe ich versucht, Bürger*inneninteressen aufzunehmen und umzusetzen. Nun ist ja in der Kommunalpolitik leider nicht alles möglich. Aber jetzt habe ich Gelegenheit, in meinen Ämtern, dem für Jugend und dem für Gesundheit, Einfluss zu nehmen auf Prozesse und Verwaltung. Und ich hoffe natürlich, dort politische Akzente setzen zu können. Gemeinsam mit Betroffenen und den Kolleg*innen der BVV.

Ihr verantwortet große und wichtige Ressorts in unserem Bezirk. Welches sind nach Euren ersten Eindrücken die größten Herausforderungen?

Regine: Es ist sicher nicht verwunderlich, wenn ich als Linke sage, dass Kinderarmut bekämpft werden muss und mir Chancengleichheit für alle Kinder unabhängig vom Geldbeutel der Eltern am Herzen liegt. Da gibt es bereits viele gute Ansätze im Jugendamt, auf denen ich aufbauen möchte. Als Stadträtin für Gesundheit werde ich im Januar 2022 eine Vorlage ins Bezirksamt einbringe, damit ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden, um die Arbeit der Containment Scouts im Pandemieteam über den 01.04.2022 fort zu setzen. Diese wichtige Arbeit der Kontaktnachverfolgung muss weiter finanziert werden.

Olli: Als Sozialstadtrat kann ich erstmal festhalten, dass angesichts der coronabedingten haushaltärischen Belastungen, die sich auch in den Mittelzuweisungen an die Bezirke niederschlagen wird, die erste Aufgabe der Erhalt der bestehenden sozialen Infrastruktur in Friedrichshain-Kreuzberg ist. Darüber hinaus ist der Kampf gegen Wohnungs- und Obdachlosigkeit mein dringlichstes Anliegen. Zumal sich das Thema prominent im Koalitionsvertrag auf Landesebene wiederfindet. Die Schaffung neuer Angebote in unserem Bezirk steht ganz oben auf der Agenda. Ohne diese werden alle Versuche, seien sie ordnungsrechtlicher oder sozialarbeiterischer Natur, ins Leere laufen und allenfalls kurzfristige Wirkung entfalten.
Dass sich im Bereich Bürgerdienste etwas ändern muss ist allen Bürger*innen klar, die in Berlin ewig auf einen Termin warten müssen, um einen Ausweis oder Führungszeugnis zu beantragen. Hier sind natürlich die Steuerungsmöglichkeiten für einen einzelnen Bezirk begrenzt. Allerdings bin ich guter Hoffnung, dass wir in Sachen Digitalisierung vorankommen und den Personalbestand weiter ausbauen können.
Und nicht zuletzt gilt es das Netzwerk für »Gute Arbeit« weiter zu etablieren. DIE LINKE hat seinerzeit die Schaffung einer Stelle für eine*n Beauftragte*n für Gute Arbeit durchgesetzt. Inzwischen folgen diesem Beispiel auch andere Bezirke. Auch hier möchte ich unsere Bemühungen mit dem Land und den anderen Bezirken verzahnen.

Das Interview führte
Damiano Valgolio

Foto: flickr.com/Lutz Thuns

Der Kampf um die **»Grünen Innenhöfe«**

Aktuell gibt es jetzt wieder Bewegung um die Initiative zum Erhalt der Friedrichshainer »Grünen Innenhöfe«, die sich seit 2018 um den Fortbestand ihrer begrünten Innenhof-Oase in der Pintschstraße 10 mit den über 50 Jahre alten Pappeln einsetzen. Diese Bäume und auch der bepflanze Innenhof sowie der Innenhof der Landsberger Allee 62 sollen einem Bauprojekt der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft Mitte (WBM) weichen. Dies würde bedeuten, dass der mit zahleichen Pflanzen und einer Blumenwiese bewachsene Innenhof, in dem zahlreiche Wildtiere, wie Igel, Fledermäuse und Insekten leben, aber auch Vögel nisten, für immer zerstört wäre. Außerdem würden die großen Pappeln, die in den zunehmend wärmer und trocken werdenden Sommern Schatten spenden und für Kühlung und Temperaturausgleich in dem sonst so dicht bebauten Kiez sorgen, gefällt werden, was den Klimazielen, die sich der Bezirk und das Land Berlin gesteckt haben, entgegenwirken würde.
Ende September initiierte die Initiative eine Veranstaltung, zu der Vertreter*innen aus der Politik, Anwohner*innen, Expert*innen sowie für den Bauprozess verantwortliche Vertreter*innen der WBM eingeladen waren, um über den aktuellen Stand zu informieren, die drohenden Baumfällungen und Nachverdichtungspläne zu diskutieren und die WBM zu einem Einlenken und zur Einstellung ihres Vorhabens zu bewegen. Durch die Vertreter*innen unserer Partei wurde explizit auf die Hürden der Teilhabe und Partizipation der betroffenen Anwohner*innen im Ablauf der politischen und verwaltungsrechtlichen Genehmigungsverfahren hingewiesen und wiederholt kritisiert, dass der Kiez um die Pintschstraße nicht in die umliegenden Bauleitplanungen (zum Beispiel: Denkmalschutz) eingegliedert wird.
Von Seiten der Anwohner*innen wurde ein Moratorium gefordert, um damit eine Neubewertung des Bauprozesses unter dem Aspekt des Klimaschutzes und der Wirtschaftlichkeit des Bauprojektes zu bewirken. Dies würde zumindest die Belassung des jetzigen Zustands für einen festzulegenden Zeitraum und neue Zielsetzungen zur Lösung des Interessenkonfliktes ermöglichen. Nach einem neuerlichen »Runden Tisch« der Initiative und der bisher noch erfolgreich verhinderten Fällung der Bäume, werden jetzt weitere verwaltungsrechtliche und juristische Schritte geprüft, um eine Nachverdichtung zu verhindern und die so wichtige grüne Oase im Kiez zuerhalten.
Wir als LINKE setzen uns auch weiterhin für den Erhalt des grünen Innenhofes und für eine Verhinderung der Baumfällungen ein und unterstützen das Anliegen der Initiative.

Sebastian Dieke

Armut auf Rekordhoch

Kurz vor Weihnachten veröffentlichte der Paritätische Wohlfahrtsverband seinen aktuellen Armutsbericht.
Die Zahlen sind alles andere als besinnlich: Die Armutsquote hat bundesweit mit 16,1 Prozent, beziehungsweise rund 13,4 Millionen Menschen, im Pandemie-Jahr 2020 einen neuen Höchststand erreicht. Besonders armutsgefährdet sind Erwerbslose, Alleinerziehende und Familien mit Kindern. Bremen hat mit 28,4 Prozent die höchste und Bayern mit 11,6 Prozent die niedrigste Armutsquote im Bundesvergleich. In Berlin liegt sie laut des aktuellen Berichts bei 20,6 Prozent und ist in den letzten Jahren konstant angestiegen.
Die Zahlen sind erschreckend, überraschen jedoch nicht. Seit Jahren gibt es einen Aufwärtstrend bei der Armutsquote. Die Corona-Krise hat die Situation verschärft, weil viele Arbeitnehmer*innen und Selbstständige in der Pandemie ihren Job und ihre Aufträge verloren haben und im Gegensatz zu großen Unternehmen nur unzureichend vom Staat unterstützt wurden.
Die Hauptverantwortung für die Bekämpfung von Armut liegt bei der neuen Ampel-Regierung. Neben Kindergrundsicherung und einen höheren Mindestlohn, müssen auch die Hartz-IV-Sätze erhöht, eine armutssichere Mindestrente eingeführt und Mietpreise wirksam gedeckelt werden, was aktuell jedoch nicht die Pläne der neuen Bundesregierung sind.
Kommunalpolitisch lässt sich Armut nicht beseitigen, aber zu mindestens abmildern. Mit dem Housing-First-Konzept und der Ausweitung von sogenannten Safe Places im Bezirk, kann obdachlosen Menschen gut aus der Armut geholfen werden. Genauso wie mit freiwilligen und kostenfreien Aufsuche-Angeboten und mehr Sozialarbeiter*innen im Bezirk. Gegen Jugendarmut helfen mehr Ausbildungsplätze und eine bessere Qualität der Ausbildung im Bezirk. Da Einkommensarmut sich auch auf den Zugang zu Bildung, kulturellen Veranstaltungen und Sportvereinen auswirkt, müssen interessante berlinpass-Angebote in allen Kiezen ausgeweitet werden. Darüber hinaus müssen die Begegnungs- und Nachbarschaftszentren in den Kiezen unterstützt werden, denn sie stärken den sozialen Zusammenhalt, schaffen Netzwerke und bieten vielen Menschen eine Perspektive.
Diese kommunalen Möglichkeiten hat sich auch der neue Sozialstadtrat Oliver Nöll (DIE LINKE) auf seine Agenda gesetzt. Zusammen mit einer starken LINKEN im Bezirk und verlässlichen Partnern in der Bezirksverordnetenversammlung kann Armut zumindest in Friedrichshain-Kreuzberg abgemildert und sogar aufgehoben werden.

Yvonne Hein, Mitglied im Bezirksvorstand

Termine

Der Rote Laden
Weidenweg 17, 10249 Berlin
Telefon: 030/426 26 87
E-Mail: info@dielinke-fk.de

Bürozeiten:
Montag: 9–16 Uhr,
Dienstag & Donnerstag: 10–18 Uhr,
Mittwoch: 11 bis 18 Uhr, Freitag: Geschlossen

Veranstaltungen Jan./Feb. 2022

Der Zugangslinks für die Onlineveranstaltungen können über die Mailadresse info@dielinke-fk.de angefordert werden.

Ortsverband Friedrichshain Nordost
Mitgliederversammlung:
Donnerstag, 20.1. und 17.2., 19 Uhr, online
Aktions- und Ideenwerkstatt:
Donnerstag, 4.2., 19 Uhr, online

Ortsverband Kreuzberg
Jahresauftakt: Samstag, 29.1., 11–16 Uhr
Mitgliederversammlung:
Donnerstag, 3.2., 19 Uhr, online
Social Media AG: 19.1., 16.2., 19 Uhr, online

Ortsverband Friedrichshain Südwest
Mitgliederversammlung: Donnerstag 13.1. und 10.2., 18 Uhr im Roten Laden

Ortsverband Friedrichshain Nordwest
Stammtisch: Donnerstag, 10.2., 19 Uhr in der Prager Hopfenstube oder online

Ortsverband Südost
Mitgliederversammlung:
Montag, 17.1., 7.2., 21.2., 19 Uhr, online

AK Rote Beete
für sozial-ökologischen Umbau
Monatliche Treffen:
3. Mittwoch im Monat, 18.30 Uhr
Anmeldung unter akrb@posteo.de, online

Bürgerbüro Steffen Zillich, MdA
Weidenweg 17, 10249 Berlin
Telefon: 030/42801476
E-Mail: buero@zillich.berlin
Bürgersprechstunde: Fr, 11.2. und 25.2., 10.30–11.30 Uhr
Kostenlose Miet- und Sozialrechtsberatung mit Rechtsanwalt Gerd-Peter Junge und Kolleg*innen (Anmeldung erforderlich)
Do, 13.1. und 10.2. 15.30–17.30 Uhr

Bürgerbüro Pascal Meiser, MdB
Zeughofstraße 22, 10997 Berlin
E-Mail: pascal.meiser.wk@bundestag.de
persönliche Bürger*innensprechstunde
Di, 18.1. 16–17.30, Kurt Tucholsky Bibliothek, Esmarchstraße 18, (Prenzlauer Berg)
Di, 8.2., 16–17.30, Roter Laden, Weidenweg 17 (Friedrichshain)
Um Anmeldung wird gebeten.

Kontakt Elif Eralp, MdA
Wahlkreisbüro, Zeughofstr. 22, 10997 Berlin
Telefon: 030/69507925
E-Mail: buero@elif-eralp.de

Kontakt Damiano Valgolio, MdA
Wahlkreisbüro, Weidenweg 17, 10249 Berlin
Telefon: 030/4262687
E-Mail: wahlkreis@valgolio.de

DIE LINKE.
Friedrichshain-Kreuzberg

Impressum:
Redaktionsschluss: 5. Januar 2022
Herausgeberin: DIE LINKE. Friedrichshain-Kreuzberg, Tel: 030/426 26 87
www.dielinke-fk.de
www.facebook.com/DIELINKE.FK
info@dielinke-fk.de
Redaktion: Damiano Valgolio (V.i.S.d.P.), Yvonne Hein

Kontakt Fraktion DIE LINKE. in der BVV Friedrichshain-Kreuzberg:
Yorckstraße 4–11, 10965 Berlin
Telefon: (030) 90298-2599
E-Mail: fraktion@linke-kommunal.de

Foto: flickr.com/Gerrit Burow

Die Clubkultur im zweiten Corona-Winter

Im vergangenem Jahr gab es für ein paar Wochen einen kurzen Lichtblick für die Clubs in Berlin: Das Berliner Verwaltungsgericht gab am 17. August dem Eilantrag einer Discobetreiberin statt und hob das Tanzverbot in Innenräumen, das aufgrund der Corona-Pandemie schon im Frühjahr 2020 verhängt wurde, für Geimpfte und Genesene auf. In den darauffolgenden Wochen öffneten die meisten Clubs endlich wieder ihre Innenräume – mit sehr strengen Hygienekonzepten.

Einen Hotspot für Neuinfektionen stellten die Clubs in den darauffolgenden Wochen nicht dar, wie die Clubcommission Berlin, der Verband der Berliner Clubs und Livemusikspielstätten, mehrfach betonte und belegte. Dennoch wurde zum 8. Dezember ein erneutes Tanzverbot erlassen – aufgrund der allgemein wieder steigenden Infektionszahlen. Immerhin dürfen die Räumlichkeiten diesmal für alles außer Tanzveranstaltungen vorerst offenbleiben. So sind weiterhin Lesungen oder Kinoveranstaltungen der Orte möglich.

Auf schwarze Zahlen kommen die Betriebe damit jedoch bei weitem nicht. Noch musste in Berlin kein Club wegen der Corona-Pandemie schließen. Das ist Berlins Kultursenator Klaus Lederer (DIE LINKE) zu verdanken, der für Berlin wesentlich umfangreichere Soforthilfen für die Clubkultur durchsetzen konnte, als in anderen Bundesländern gezahlt wurde. Die Mitarbeitenden sind wieder in Kurzarbeitergeld, die Berliner »Soforthilfe 4« deckt alle Fixkosten der Clubs und wurde verlängert.

Aber es ist nicht alles gut: Die Gehälter in der Branche sind generell prekär. Von einem Kurzarbeitergeld in Höhe von 60 Prozent des vorherigen Nettolohns können die Angestellten kaum überleben. Außerdem leiden viele Künstler*innen und Solo-Selbstständige in der Branche durch die anhaltend miserable Auftragslage Not. Einige orientieren sich bereits neu, womit die Szene wichtige Fachkräfte verliert. Ein andauerndes On-Off-Szenario, in dem die Clubs je nach Inzidenzlage öffnen und schließen, ist für die Branche nicht nicht mehr lange tragbar. Veranstaltungen, Bookings und Dienstpläne werden Wochen und Monate im Voraus geplant und können nicht von einem Moment auf den anderen, mit ständig wechselnden Auflagen organisiert werden.

Die Clubs waren schon vor der Pandemie stark von Verdrängung aus dem innerstädtischen Raum betroffen. Auch dieser Druck nimmt während der letzten beiden Jahre keineswegs ab. Der »Zukunft am Ostkreuz«, einem vielfältigen Kulturort im Laskerkiez in Friedrichshain, wurde beispielsweise der Mietvertrag nach zehn Jahren überraschend nicht verlängert. Ende März sollen die Betreiber den Schlüssel abgeben. Einen Verkauf an den Bezirk zieht der Eigentümer nicht in Betracht. Andi aus dem Kollektiv der »Zukunft am Ostkreuz« stellt klar: »Die wichtigste Forderung ist schon, dass wir mehr Zeit bekommen – das will er uns nämlich partout nicht wirklich eingestehen– und natürlich ein Ersatzgrundstück«.

Probleme gibt es auch für das »YAAM« am Ostbahnhof. Der Club ist insbesondere ein Schutzraum für People of Color in unserem Bezirk und leistet umfangreiche soziokulturelle Arbeit. Hier ist es nicht die Gentrifizierung, die den Club bedroht, sondern der Zerfall: Die Uferwand der Spree, an der der Club liegt, und mit ihr die Statik der Gebäude wurde als instabil deklariert. Bis die Sanierung des Ufers durch das Land durchgeführt ist, werden noch Jahre ins Land ziehen. »Wir ziehen die Sanierungsvariante vor. Wir haben das Gefühl, dass der Bezirk eher Richtung Neubau tendiert, aber der Bezirk hat sich da noch nicht abschließend geäußert«, erklärt Geoffrey, der Geschäftsführer des »YAAM«. »Es ist nach wie vor so, dass wir auf den Abschluss eines langfristigen Mietvertrages warten. Auch da verstehen wir nicht ganz, woran es hakt. Wir haben das Gefühl, dass das Bauamt Angst davor hat, unserem Projekt einen langfristigen Vertrag zu geben, denn die Sanierungskosten wären komplett durch das »YAAM« zu leisten. Das Problem ist: Solange wir keinen langfristigen Mietvertrag haben, können wir auch schwer in die Mittelakquise gehen.«

Unsere Linksfraktion wird dafür kämpfen, dass das »YAAM« und auch die anderen Clubs im Bezirk erhalten bleiben und gut durch die Pandemie kommen, denn sie sind ein wichtiger Teil unseres Bezirks und Berlins.

Foto: Ben Gross

Maria Bischof,
Mitglied der BVV
Friedrichshain-Kreuzberg